

# **LANGER ATEM GEFRAGT**

## **DIE LINKEN PARTEIEN IN DEUTSCHLAND NACH DER BUNDESTAGSWAHL 2013**

Von Jochen Weichold

In den letzten Wochen vor der Bundestagswahl im September 2013 gab es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den Oppositionsparteien und den Parteien der Regierungskoalition. Das Resultat der Wahlen ist ein Vier-Fraktionen-Parlament. Gewinner der Wahlen ist die CDU/CSU mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, doch sie verlor ihren Koalitionspartner – die FDP. Die linken Parteien in Deutschland – die SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die Partei DIE LINKE – haben neun Mandate mehr als die CDU/CSU, aber sie sind nicht in der Lage, diese mathematische Mehrheit in politische Macht umzusetzen.

**Einerseits** haben die drei linken Parteien **gemeinsame Positionen** in einer ganzen Reihe von Politikfeldern: in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, auf dem Feld der Demokratie oder in der Europa-Politik.<sup>1</sup> Wie der Gewerkschafts-Ökonom Dierk Hierschel feststellte, hatten Sozialdemokraten und Grüne «die fortschrittlichsten Wahlprogramme der letzten 20 Jahre»: «Endlich stellten sie darin die soziale Frage in den Mittelpunkt.»<sup>2</sup> Der Blick auf die verschiedenen Politikfelder lässt dies deutlich vor Augen treten:

### *Erstens: Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik*

SPD, Grüne und LINKE konstatieren eine immer weiter auseinandergehende Schere zwischen arm und reich und fordern in ihren Wahlprogrammen einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Nach den Vorstellungen von SPD und Grünen soll seine Höhe mindestens 8,50 Euro betragen, nach denen der LINKEN 10 Euro und zum Ende der kommenden Wahlperiode mindestens 12 Euro.

Im Unterschied zu FDP und CDU/CSU plädieren SPD, Grüne und LINKE in ihren Wahlprogrammen für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und für die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (bzw. eines «verlässlichen sozialen Arbeitsmarktes») mit Angeboten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Alle drei Parteien greifen die Forderung der Gewerkschaften nach «Guter Arbeit» auf und wollen das Tarifvertragssystem stärken.

Auf dem Feld der Gesundheitspolitik möchten die SPD, Die Grünen und DIE LINKE das Zwei-Klassen-System von gesetzlicher und privater Krankenversicherung ablösen. Sie streben eine Bürgerversicherung in Gesundheit und Pflege an, in die alle Bürgerinnen und Bürger einbezogen und zu deren Finanzierung alle Einkommensarten herangezogen werden. Auf dem Feld der Rentenpolitik plädieren SPD, Grüne und LINKE (wenn auch graduell und vom Zeithorizont her unterschiedlich) für die Weiterentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Bürgerversicherung. Jedoch gibt es konträre Positionen in der Frage des Renteneintrittsalters. Während Die Grünen für ein Renteneintrittsalter von 67 Jahren eintreten und die SPD in ihrem Wahlprogramm dazu schweigt, will DIE LINKE zum Renteneintrittsalter von 65 Jahren zurückkehren.

### *Zweitens: Die Steuerpolitik*

SPD, Grüne und LINKE fordern in ihren Wahlprogrammen höhere Steuern, um ihre sozialpolitischen Projekte und um Investitionen in Infrastruktur, in Bildung und in den ökologischen Umbau der Wirtschaft zu finanzieren. Alle drei Parteien wollen den Spitzensteuersatz erhöhen. Explizit wollen SPD und Grüne den

---

<sup>1</sup> Vgl. im Folgenden: CDU/CSU: Gemeinsam erfolgreich für Deutschland. Regierungsprogramm 2013 – 2017, Hrsg.: CDU-Bundesgeschäftsstelle, Berlin [2013], 78 S.; FDP: Bürgerprogramm 2013, beschlossen auf dem Bundesparteitag vom 4. bis 5. Mai 2013 in Nürnberg, [Berlin 2013], 104 S.; SPD: Das Wir entscheidet. Das Regierungsprogramm 2013-2017, Hrsg.: SPD-Parteivorstand, Berlin [2013], 118 S.; Zeit für den Grünen Wandel. Teilhaben. Einmischen. Zukunft schaffen. Bundestagswahlprogramm 2013 von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Berlin 2013, 336 S.; 100 Prozent sozial. Wahlprogramm der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl 2013, [Berlin 2013], 90 S.

<sup>2</sup> Dierk Hierschel: Taktik frisst Politikwechsel. In: Neues Deutschland, Berlin, 30.09.2013.

Spitzensteuersatz von derzeit 42 Prozent auf 49 Prozent und DIE LINKE wieder auf 53 Prozent (wie in der Regierungszeit von Helmut Kohl) anheben. Nach den Vorstellungen der SPD solle der Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen (bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten), nach denjenigen der Grünen ab 80.000 Euro und nach denjenigen der LINKEN ab 65.000 Euro greifen.

SPD, Grüne und LINKE wollen die Einnahmen aus der Erbschaftssteuer deutlich erhöhen. Die SPD möchte eine Vermögenssteuer einführen, «die der besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von Personengesellschaften und Familienunternehmen Rechnung trägt und ihre zukunftsichernde Eigenkapitalbildung sichert, sowie ihre Investitionsspielräume nicht belastet». Hohe Freibeträge für Privatpersonen sollen sicherstellen, dass das normale Einfamilienhaus nicht von der Vermögensteuer betroffen sein wird. Die Grünen wollen die Vermögenssteuer mittelfristig verfassungskonform wiederbeleben. DIE LINKE fordert eine Vermögenssteuer für Millionäre, bei der die erste Million des Vermögens steuerfrei bleibt und danach ein Steuersatz in Höhe von fünf Prozent auf Privat- und Betriebsvermögen erhoben wird (unter Abzug der darauf lastenden Schulden). Die Grünen wollen eine zeitlich befristete Vermögensabgabe erheben, die 100 Milliarden Euro einspielen und dazu dienen soll, Bundesschulden zu tilgen, die aus den Konjunkturpaketen und aus der Bankenrettung resultieren. Aus dem gleichen Grund möchte DIE LINKE eine einmalige Vermögensabgabe einführen, die 300 Milliarden Euro erbringen soll.

#### *Drittens: Das Feld der Demokratie*

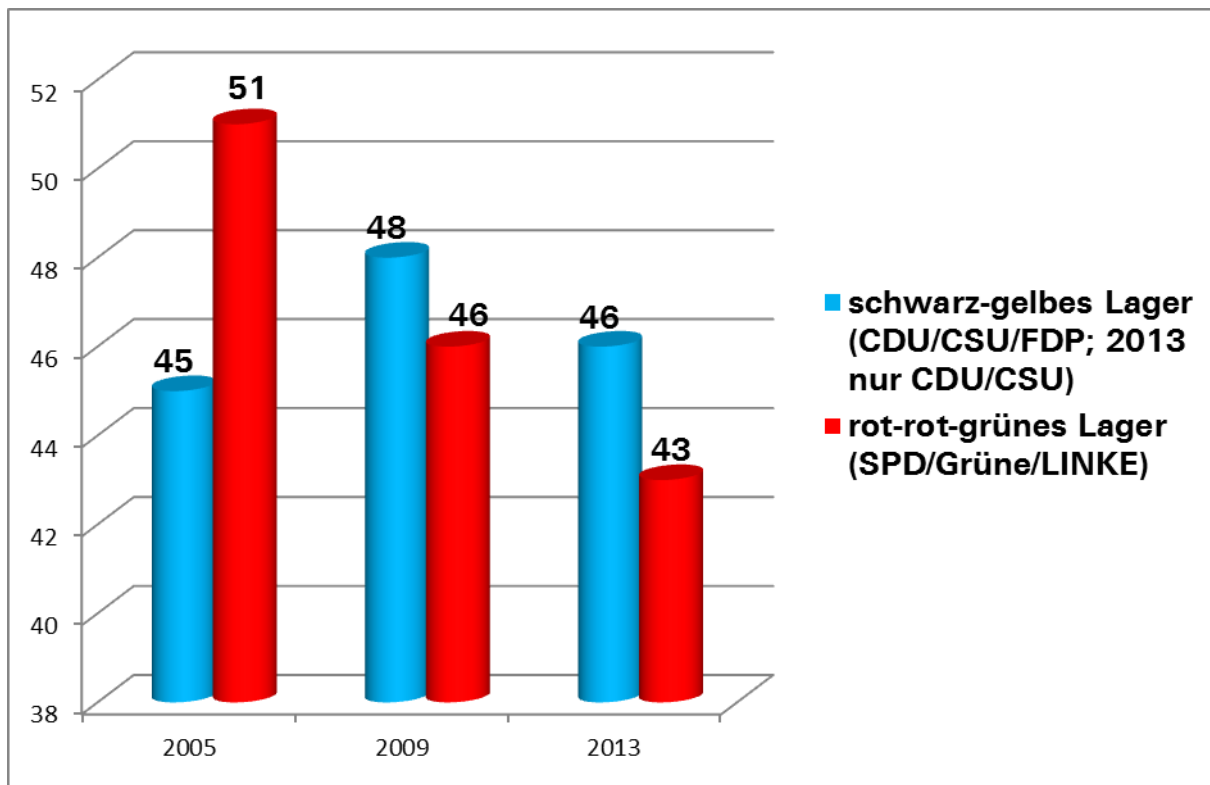
SPD, Grüne und LINKE treten für mehr Bürgerrechte und für die Einführung von Instrumenten der direkten Demokratie ein. Sie fordern Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene. Sie wollen das Wahlrecht auf neue Wählergruppen ausweiten und möchten das Wahlalter auf 16 Jahre senken. Alle drei Parteien streben nach mehr Demokratie in der Wirtschaft und möchten die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten ausweiten.

#### *Viertens: Die Europa-Politik*

SPD, Grüne und LINKE wenden sich gegen die Austeritätspolitik in den Krisenstaaten. Sie kritisieren die schwarz-gelbe Bundesregierung für deren Politik der Kürzungsdiktate gegenüber diesen Ländern. Sie sagen, nötig seien Impulse für Wachstum und für die Schaffung von Arbeitsplätzen, um die Wirtschafts- und Finanzkrise zu überwinden. Die Grünen und DIE LINKE plädieren für die Überwindung der ökonomischen Ungleichgewichte in der Europäischen Union. Die einseitige Exportorientierung Deutschlands – forciert durch die schwarz-gelbe Bundesregierung – habe zu den massiven Ungleichgewichten in der Europäischen Union beigetragen. Die Grünen fordern einen europäischen Green New Deal für die Erneuerung der europäischen Wirtschaft – gewissermaßen eine grüne industrielle Revolution. Alle drei Parteien treten für eine Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments ein.

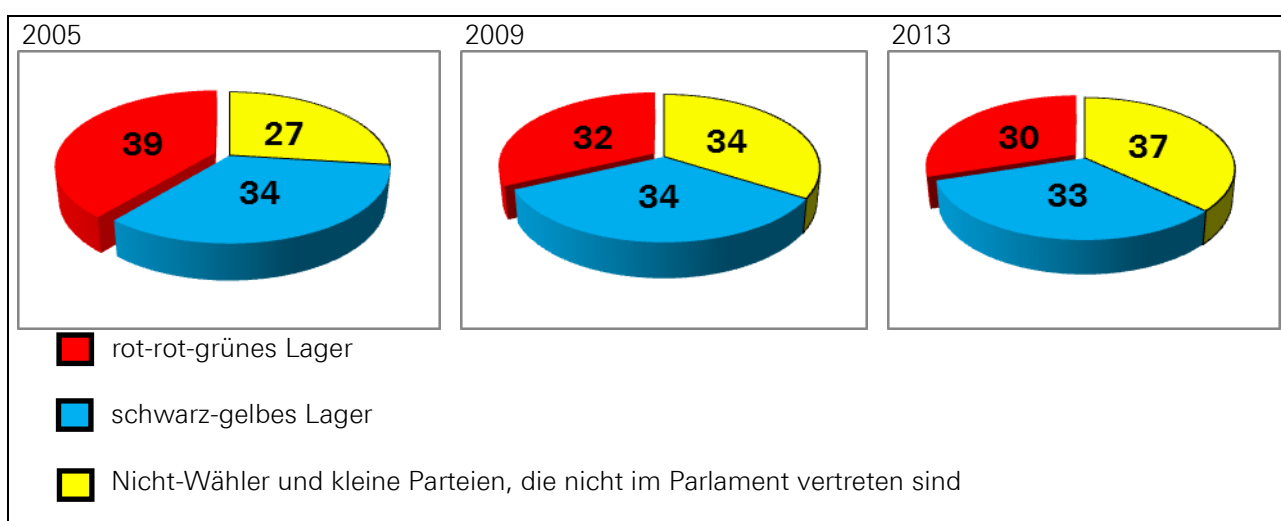
**Andererseits** haben die drei linken Parteien **unterschiedliche Positionen** insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik (namentlich in der Haltung zur NATO und hinsichtlich der Auslandseinsätze der Bundeswehr). In ihrem Wahlprogramm fordert DIE LINKE die Auflösung der NATO und wendet sich strikt gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr – auch gegen humanitäre Missionen unter UN-Mandat. Das Führungspersonal der Sozialdemokraten und der Grünen hat bisher gerade diese politischen Differenzen zum Anlass genommen, um ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis auf Bundesebene auszuschließen.

**Grafik 1:** Schmelzende strukturelle linke Mehrheit in Deutschland (I)



Eine mathematische Mehrheit im Bundestag ist allerdings nicht ausreichend für einen Politik-Wechsel. Es bedarf dafür auch einer Mehrheit in der gesamten Gesellschaft. Die Bundestagswahl im September 2013 offenbarte jedoch, dass es in Deutschland eine konservative Mehrheit gibt. CDU/CSU, FDP und die neue Alternative für Deutschland (AfD) konnten mehr als 50 Prozent der Wähler für ihre politischen Programme mobilisieren. Nur 43 Prozent der Wähler entschieden sich für die SPD, Die Grünen und DIE LINKE – weniger als bei der Bundestagswahl 2009 (46 Prozent) und deutlich weniger als bei der Bundestagswahl 2005 (51 Prozent) (siehe Grafik 1).<sup>3</sup>

**Grafik 2:** Schmelzende strukturelle linke Mehrheit in Deutschland (II)



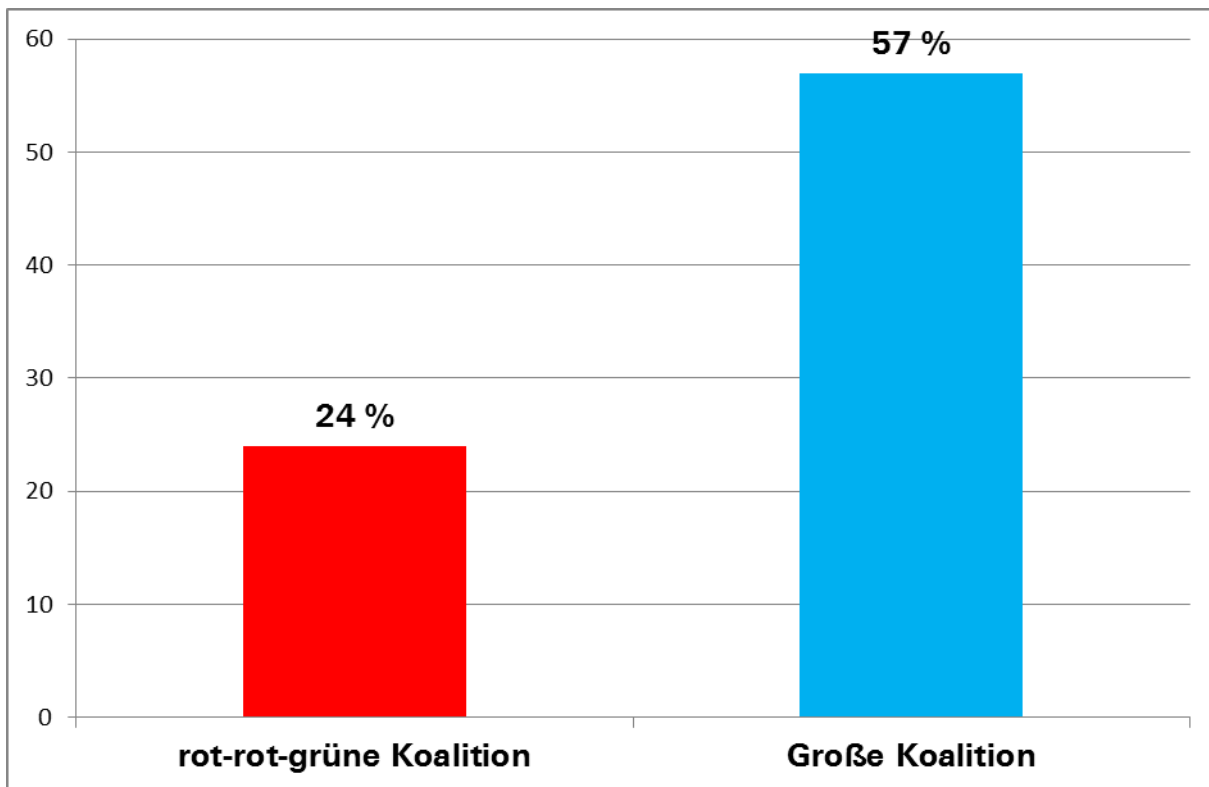
Der prozentuale Anteil des rot-rot-grünen Lagers an der Gesamtzahl der Wähler fiel von 39 Prozent im Jahr 2005 auf 32 Prozent im Jahr 2009 und auf 30 Prozent im Jahr 2013 (Grafik 2).<sup>4</sup> Es ist offensichtlich, dass

<sup>3</sup> Vgl. Neues Deutschland, Berlin, 27.09.2013.

<sup>4</sup> Vgl. ebenda.

eine strukturelle linke Mehrheit, wie sie seit 1994 deutlich sichtbar war, heute nicht mehr existiert.

**Grafik 3:** Koalitionswünsche der Wähler



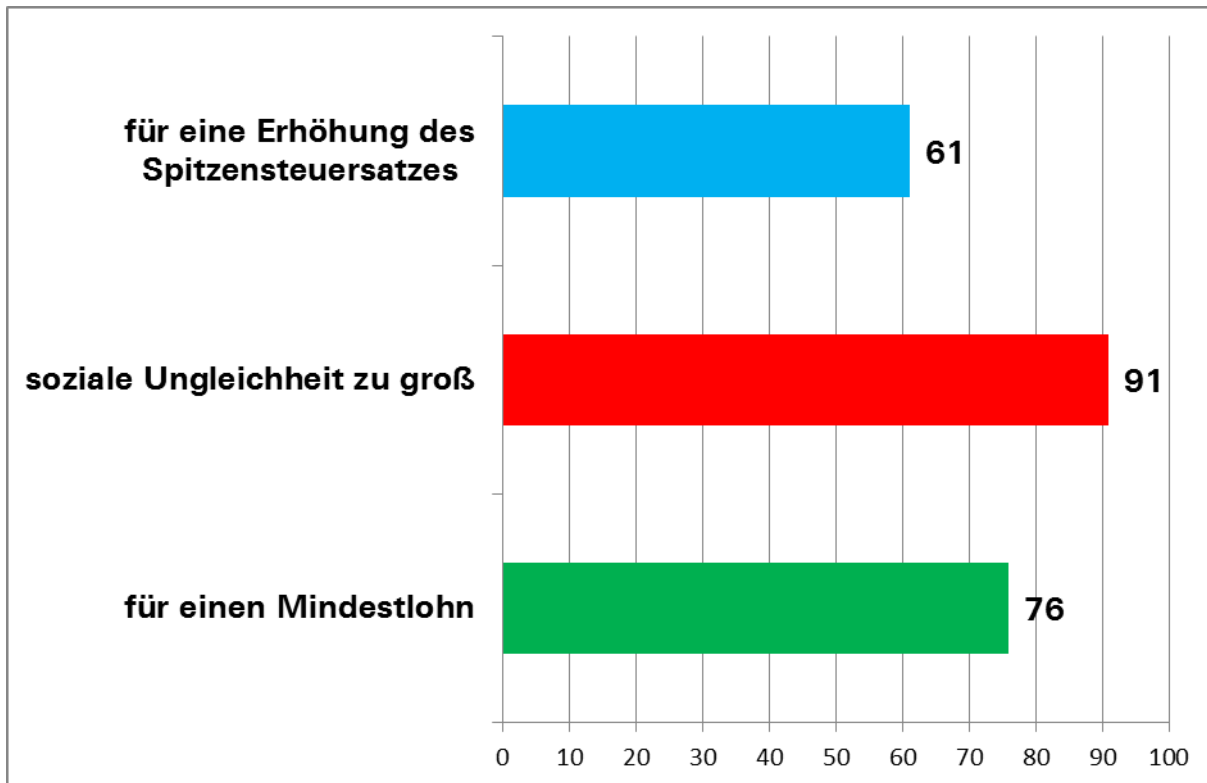
Zudem wünschen sich nur 24 Prozent der Wählerinnen und Wähler eine rot-rot-grüne Koalition auf Bundesebene, jedoch 57 Prozent eine Große Koalition (Grafik 3).<sup>5</sup>

Es bedarf eines Aufschwungs der Gewerkschaftsbewegung, der Initiativen und anderen sozialen Bewegungen, von Akteuren in Kultur und Wissenschaft, um das politische Klima zu verändern. Die Europawahlen im Mai 2014 sind der nächste Markstein für die linken Parteien in Deutschland, ihre Anhänger zu mobilisieren. Diese Wahlen sind die nächste Möglichkeit, im Sinne von Friedrich Engels das Elektorat der linken Parteien zu zählen. Engels schrieb 1895: «Und wenn das allgemeine Wahlrecht keinen anderen Gewinn geboten hätte, als daß es uns erlaubte, uns alle drei Jahre zu zählen; [...] daß es uns genau unterrichtete über unsere eigene Stärke wie über die aller gegnerischen Parteien und uns dadurch einen Maßstab für die Proportionierung unserer Aktion lieferte, wie es keinen zweiten gibt [...], dann wäre es schon über und übergenug.»<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Vgl. Wahltagsbefragung von infratest dimap für die ARD. In: DER SPIEGEL. Bundestagswahl 2013 spezial, Hamburg, 2013, S. 21.

<sup>6</sup> Friedrich Engels: Einleitung zu „Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850“ von Karl Marx (Ausgabe 1895). In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke, Band 7, Berlin 1960, S. 519/520.

**Grafik 4:** Mehrheit der Deutschen für einige Forderungen der linken Parteien



Auf der anderen Seite haben einige zentrale Forderungen oder Thesen der linken Parteien eine Mehrheit in der deutschen Gesellschaft. 76 Prozent der Menschen sind für einen Mindestlohn.<sup>7</sup> Fast 91 Prozent der Befragten empfinden die soziale Ungleichheit in Deutschland als zu groß oder viel zu groß.<sup>8</sup> 61 Prozent der Deutschen sind für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes für ein Familieneinkommen über 250.000 Euro<sup>9</sup> (Grafik 4). Aber dies ist nicht genug für ein Klima des politischen Wandels.

Es bedarf jedoch nicht nur eines Aufschwungs der sozialen Bewegungen, notwendig ist auch ein Prozess der Annäherung von Sozialdemokraten und Grünen auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite. Insbesondere die SPD hatte noch im Bundestagswahlkampf jegliche Koalitionen mit der LINKEN auf Bundesebene strikt ausgeschlossen. Indes gibt es auch in der Partei DIE LINKE bis heute starke Kräfte, die eine Annäherung an die SPD mit großer Skepsis betrachten oder völlig ablehnen. Diese Kreise bezeichnen pauschal alle anderen Bundestagsparteien als «neoliberale Parteien» und wenden sich gegen den «neoliberalen Einheitsbrei».

Ein solcher Annäherungsprozess zwischen den drei linken Parteien ist also sowohl im Sinne der Verbesserung des Klimas zwischen diesen Parteien als auch in einigen politischen Positionen erforderlich. Während der letzten Zeit gab es in dieser Hinsicht einige wichtige Schritte:

- Nachdem bereits kurz nach der Bundestagswahl 2013 einige linke Sozialdemokraten – wie die Vorsitzenden der Landesparteien von Schleswig-Holstein und Berlin, Ralf Stegner und Jan Stöß – die Notwendigkeit erklärt hatten, den Ausschluss der LINKEN von Gesprächen über Koalitionen zu beenden, fasste der Leipziger Parteitag der SPD am 14. November 2013 den Beschluss, die bisherige Abgrenzung zur Partei DIE LINKE aufzugeben und Bündnisse unter bestimmten Voraussetzungen

<sup>7</sup> Vgl. Mitteldeutsche Zeitung, Halle/Saale, 28.04.2011.

<sup>8</sup> Vgl. Thomas Hinz, Stefan Liebig u.a.: Bericht zur Studie Einkommensgerechtigkeit in Deutschland. Ein Forschungsprojekt der Universitäten Konstanz und Bielefeld, Konstanz/Bielefeld 2010, S. 5.

<sup>9</sup> Vgl. N24-Emnid-Umfrage zu Sondierungen: Mehrheit der Deutschen glaubt an Große Koalition, hält aber Verzicht auf Steuererhöhungen für einen Fehler / Schwarz-Grün würde Grünen schaden. <http://www.presseportal.de/pm/13399/2572147/n24-emnid-umfrage-zu-sondierungen-mehrheit-der-deutschen-glaubt-an-grosse-koalition-haelt-aber> (Stand: 18.11.2013).

zu ermöglichen. Zu diesen Voraussetzungen gehören finanzierbare und verbindliche Koalitionsverträge und die Gewähr für eine «verantwortungsvolle Europa- und Außenpolitik im Rahmen unserer internationalen Verpflichtungen».<sup>10</sup>

- Nach der Bundestagswahl lehnten auch führende Politiker der Grünen die Idee eines rot-rot-grünen Bündnisses nicht mehr so strikt ab wie vor der Wahl. Und auf ihrem Parteitag Mitte Oktober 2013 erklärten Die Grünen in einem Beschluss, dass ihnen zwar die SPD am nächsten stehe, dass es aber nicht wieder vorkommen dürfe, dass Gespräche mit der Partei DIE LINKE an der Befindlichkeit der SPD scheitern: «Andere Koalitionsoptionen müssen grundsätzlich möglich sein – sei es Rot-Grün-Rot oder Schwarz-Grün.»<sup>11</sup>
- Der Sprecher des Forums Demokratischer Sozialismus in der Partei DIE LINKE, Benjamin-Immanuel Hoff, hat seiner Partei den Rat gegeben, «gegenüber SPD und Grünen kommunikativ abzurüsten».<sup>12</sup> DIE LINKE sollte Sozialdemokraten und Grünen nicht immer wieder das Sündenregister der rot-grünen Regierungszeit von 1998 bis 2005 vorhalten.

Dies ist eine schwierige Aufgabe für die Zukunft, wenn die SPD in eine Große Koalition eintritt. Dann gilt es, die schwierige Balance zu wahren zwischen der notwendigen Kritik an einer Regierungspolitik, an der die SPD beteiligt ist, auf der einen Seite und einer «Politik der ausgestreckten Hand», die Türen für eine künftige Zusammenarbeit öffnet, auf der anderen Seite.<sup>13</sup>

- Neuerdings beginnt sich die Partei DIE LINKE in einigen Positionen ihrer Außenpolitik zu bewegen. Führende Politiker der Partei, die mit außenpolitischen Angelegenheiten befasst sind, verlangen eine Diskussion über den strikt pazifistischen Kurs der Partei und wollen auf diese Weise zugleich Barrieren für ein rot-rot-grünes Bündnis abbauen. In einem neuen Sammelband «Linke Außenpolitik. Reformperspektiven» mit einem Vorwort von Gregor Gysi heißt es zur Problematik von Auslandseinsätzen der Bundeswehr aus humanitären Gründen: «Stößt nicht eine Verabsolutierung des Einmischungsverbots moralisch und juristisch an eine Grenze, wenn es um Genozid bzw. Massenmord geht?»<sup>14</sup> Und noch eine andere Frage zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr wird in diesem Band aufgeworfen: «Könnte es nicht sein, dass solche Einsätze [...] zur Versorgung und Rückkehr von Flüchtlingen, zur Rettung Hunderttausender Menschenleben und zur Deeskalation von Gewalt beitragen?»<sup>15</sup> Der oberste Maßstab müsse sein, ob die Bundeswehr sich strikt an Völkerrecht und Grundgesetz halte, und ob der Einsatz zur Deeskalation von Gewalt beitrage oder nicht. Schließlich sei die faktische Schlussfolgerung, dass es «die Anderen» richten sollen, selber moralisch fragwürdig.<sup>16</sup>

Auch die Forderung nach Abschaffung der NATO ist nicht länger auf der aktuellen Agenda: «Die andere Option wäre eine Transformation der NATO zu einem gesamteuropäischen, richtiger: transatlantischen bzw. transeuroasiatischen kooperativen Sicherheitssystem, die mit der Entwicklung alternativer Sicherheit im UN-Rahmen einhergehen müsste.»<sup>17</sup>

---

<sup>10</sup> Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 15.11.2013.

<sup>11</sup> Gemeinsam und solidarisch für eine starke grüne Zukunft. Beschluss (vorläufig) [der 36. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen, Berlin, 18. bis 20. Oktober 2013], S. 4.

<sup>12</sup> Zit. in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurt am Main, 04.10.2013.

<sup>13</sup> Der Journalist Stefan Reinecke, der seit Jahren die Politik der LINKEN analysiert, schreibt in diesem Zusammenhang, gefragt sei eine kluge, flexible Strategie: „Die Partei muss gleichzeitig schlagkräftige Opposition im Bundestag sein – und Brücken Richtung SPD ausbauen. Dazu braucht es Beharrlichkeit, ein klares Ziel, Augenmaß und die Fähigkeit, Rückschläge zu ertragen. Können Gysi & Co. das?“ Stefan Reinecke: Regieren oder recht haben. In: taz – die tageszeitung, Berlin, 11.10.2013.

<sup>14</sup> Paul Schäfer: DIE LINKE und UN-Militäreinsätze. In: Stefan Liebich/Gerry Woop (Hrsg.): Linke Außenpolitik. Reformperspektiven, Potsdam 2013, S. 27.

<sup>15</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>16</sup> Vgl. ebenda.

<sup>17</sup> Ernst Krabatsch und Gerry Woop: Institution im Wandel – Thesen zur NATO. In: Stefan Liebich/Gerry Woop (Hrsg.): Linke Außenpolitik, a.a.O., S. 57.

- Seit längerer Zeit treffen sich jüngere Politiker der SPD, der Grünen und der LINKEN zu Hintergrundgesprächen und Diskussionen. In Anlehnung an die rot-rot-grüne Regierung in Norwegen von 2005 bis 2013 firmieren diese Politiker als Oslo-Gruppe. Sie wollen die Weichen für ein Bündnis aus SPD, Grünen und LINKEN in der Zukunft stellen.
- Anfang 2010 gründeten linksgerichtete Wissenschaftler, Gewerkschafter, Vertreter außerparlamentarischer Bewegungen und Nichtregierungsorganisationen und Politiker von SPD, Grünen und LINKEN einen linken Think Tank: das Institut Solidarische Moderne. Die Gründungsmitglieder erklärten im Gründungsaufwurf des Instituts Solidarische Moderne: «Unter dem Begriff der Solidarischen Moderne verstehen wir die so dringend erforderliche Versöhnung zwischen den emanzipatorischen Ansätzen der Industrie- und der Postmoderne und ihre Weiterentwicklung zu einer sozialökologischen Antwort auf die Fragen der neuen Zeit.»<sup>18</sup> Das Institut Solidarische Moderne ist ein Programm-Workshop für die Entwicklung neuer Konzepte für linke Politik. Es möchte diese Konzepte über Parteigrenzen hinweg im Dialog entwickeln. Es möchte gleichzeitig eine Brücke bilden zwischen Politik und Wissenschaft und zwischen Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen. Das Institut will an emanzipatorischen Ideen für eine solidarische Gesellschaft von morgen arbeiten.<sup>19</sup> Aber bis jetzt waren die Hoffnungen in dieses Projekt größer als seine Resultate.

Alles in allem braucht es einen langen Atem für eine Veränderung des politischen Klimas in Deutschland und für die Herkules-Aufgabe, die nächsten Bundestagswahlen für die deutsche Linke erfolgreich zu gestalten. Ein solcher Erfolg wird allerdings ohne das Entwickeln und Aufzeigen eines politischen Gegenentwurfs zur konservativ-liberalen Krisenpolitik, auf den sich dann die Hoffnungen der Menschen projizieren lassen, nicht zu haben sein.

Jochen Weichold  
 Berlin, 19. November 2013

---

<sup>18</sup> Gründungsaufwurf des Instituts Solidarische Moderne. Verabschiedet am 31. Januar 2010 in Berlin. <http://www.solidarische-moderne.de/de/article/2.vorstellung.html> (Stand: 18.11.2013).

<sup>19</sup> Vgl. Was ist das ISM? <http://www.solidarische-moderne.de/de/article/132.was-will-das-ism.html> (Stand: 18.11.2013).